

In Afghanistan herrscht Krieg. 50 000 Menschen sind seit 2001 in diesem Krieg getötet worden. Was macht die Bundeswehr in Afghanistan? Wie geht es der Bevölkerung acht Jahre nach Kriegsbeginn? Wer profitiert von dem Krieg – wer verliert? Diese Broschüre liefert Argumente gegen den Krieg und zeigt, dass ein sofortiger Truppenabzug der einzige Weg ist, den Menschen in Afghanistan zu helfen. www.die-linke.de



Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Warum Deutschland nicht
am Hindukusch verteidigt wird

DIE LINKE.

Was macht die Bundeswehr in Afghanistan?

Im Dezember 2009 steht die Verlängerung des Mandats für den Bundeswehreinsatz auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestags. Die **Bundeswehr** behauptet auf ihrer Homepage:

„ISAF unterstützt im Auftrag der Vereinten Nationen die afghanische Regierung bei der Wahrung der Menschenrechte, bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit und bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter sowie der geregelten Rückkehr von Flüchtlingen.“

Das sieht DIE LINKE anders: In Afghanistan herrscht Krieg. Die NATO will dauerhaft Truppen in Afghanistan stationieren, weil das Land von strategischer Bedeutung gegenüber dem Nahen Osten, Zentralasien, Russland und China ist. Die Bundesregierung sieht in ihrem „*Afghanistan-Engagement*“ auch eine Chance, Deutschland wieder zur Großmacht zu machen. Für die meisten Menschen vor Ort bedeutet der Krieg extreme Armut, Vertreibung und Gefahr für Leib und Leben.

Laut **ARD-Deutschlandtrend** von Juli 2009 ist die Zahl derer, die für den schnellst möglichen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan sind, auf 69 % angestiegen. Diese Broschüre liefert Argumente dafür, dass die Bundeswehr ihre Beteiligung an dem Krieg in Afghanistan beendet. Sie zeigt, dass ein sofortiger, bedingungsloser Truppenabzug der einzige Weg ist, den Menschen in Afghanistan zu helfen.

Das Märchen vom Wiederaufbau

Was nützen die NATO-Truppen den Afghanen? Geht zumindest der Wiederaufbau voran?

Leider nein. Nur eine kleine wohlhabende Schicht profitiert von der Besetzung. Für die Mehrheit der Menschen in Afghanistan hat sich die soziale Lage weiter verschlechtert.

Afghanistan ist das sechstärmste Land der Welt. Über 80 % der Bevölkerung leben in völliger Armut auf dem Land. Laut **medico international** sind 50 bis 70 % der erwerbsfähigen Afghanen ohne regelmäßiges Einkommen.

Die **Welthungerhilfe** berichtet:

„... 12 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze und sind von Hunger bedroht, ein Großteil des Einkommens muss für Nahrungsmittel aufgewendet werden. Verschärft wurde die Situation durch die weltweite Erhöhung der Nahrungsmittelpreise. Die [Preise für] Grundnahrungsmittel haben sich seit 2007 fast verdreifacht.“

Laut **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** haben nur 19 % der städtischen Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser. Auf dem Land sind es noch weniger.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Afghanen betrug nach **Amnesty Report 2008** 42,9 Jahre.

Die durchschnittliche Alphabetisierungsrate stagnierte laut Amnesty Report 2008 bei 28 %.

Die Stromversorgung ist für die Mehrheit der Bevölkerung jetzt schlechter als vor fünf Jahren und nur einige Stunden am Tag nutzbar. Neue Kraftwerke nutzen meist nur Regierung, Armee, Konzernen und ausländischen Einrichtungen.

Das Leid der Frauen

Unter Krieg und Besatzung leiden besonders Frauen. Nur wohlhabende Frauen leben heute besser.

Der Afghanistanexperte **Matin Baraki** berichtet von seiner Reise im Frühjahr 2009:

„In Kabul, so weit wie das Auge sehen kann, sitzen vor den Moscheen und Heiligtümern, am Rande der Straßen, alte Frauen mit ihren Kindern. Frauen, die gar nicht so alt sind, jedoch sehr alt aussehen, betteln. Die jüngeren Frauen prostituieren sich. Allein in Kabul vegetieren 55.000 Witwen. Um diese Menschen kümmert sich niemand. Wenn sie keine Verwandten mehr haben, die für sie sorgen, stehen sie ohne Hilfe da. Renten oder andere soziale Unterstützung gibt es nicht.“

In Afghanistan gibt es eine der höchsten Müttersterblichkeitsraten der Welt: Auf 100.000 Lebendgeburten kommen 1.600 tote Mütter. Mit 155 Todesfällen auf 1.000

Lebendgeburten hat Afghanistan die dritthöchste Kindersterblichkeit der Welt. Denn nur in den Städten gibt es Arztpraxen, viele behandeln ausschließlich gegen Dollar. Viele Ärzte haben das Land verlassen.

Laut World Food Programme (**WFP**) breitet sich die Tuberkulose mit geschätzten 72.000 neuen Fällen jährlich aus. Von den 15.000 Menschen, die an dieser Krankheit jedes Jahr sterben, sind 83% Frauen.

Wegen der schlechten Sicherheitslage ist es für Mädchen besonders schwierig, eine Schule zu besuchen. WFP berichtet, dass in einigen Gebieten nur 1 bis 2% der Mädchen zur Schule gehen.

Neoliberalismus in Afghanistan

Die Ausrichtung auf den Aufbau eines neoliberalen Wirtschaftssystems in Afghanistan gehört zu den zentralen Zielen des Krieges, erläutert **Carlo Masala** von der NATO-Verteidigungsakademie:

„Nach erfolgreicher Intervention werden die eroberten Gebiete in Protektorate umgewandelt und (...) freie Marktwirtschaft eingeführt“.

Die sogenannte Afghan Investment Support Agency (**AISA**) wurde mit finanzieller Hilfe der Bundesregierung gegründet. Sie wickelt sämtliche Privatisierungen in Afghanistan ab.

Der Berater des Vorsitzenden von AISA **Josef Iglhaut** sieht in der Zerstörung durch 25 Jahre Krieg „*ungeheure Chancen für Investition und Handel*“.

Investitionsschutzabkommen garantieren ausländischen Unternehmern den unbeschränkten Zugang zu den afghanischen Märkten und begrenzen das finanzielle Risiko durch Zollreduzierungen, Steuerbefreiungen, Privatisierungen von Staatsbetrieben bei gleichzeitigem Verbot von Enteignungen. Der Schutz ausländischen Kapitals ist zusätzlich Ziel der afghanischen Verfassung.

Die Geberländer haben laut **Oxfam** bisher nur 40% der versprochenen Hilfen ausgezahlt. Sogar mit Hilfsgeldern wird eine neoliberale Politik forciert. Über die Hälfte sind zweckgebunden und müssen für Produkte des Geberlandes ausgegeben werden.

Große Teile der so genannten zivilen Hilfe gehen an Polizei und Geheimdienst, und damit an den militärischen Investitionsschutz für ausländische Investoren.

Der Krieg wird verschärft

Der Krieg gegen die afghanischen Aufständischen wird von den westlichen Regierungen weiter verschärft und auf Pakistan ausgeweitet.

Allein im Mai 2009 wurden laut **Navy Times** 478 Bomben von US-Kampfbombern abgeworfen.

Hunderttausende sind auf der Flucht vor den Kämpfen. Im Mai 2009 wurden durch die Offensive der pakistanischen Regierung mit amerikanischer Unterstützung laut **UNHCR** 2,4 Millionen Menschen aus dem pakistanischen Swat-Tal vertrieben.

Laut UN-Angaben sind 2008 in Afghanistan mindestens 2.118 Zivilisten getötet worden. Dies sei ein Anstieg um 40%. Zwei Drittel der Getöteten kamen bei Luftangriffen ums Leben. Viele wurden auch bei Hausdurchsuchungen getötet.

Der damalige militärpolitische Berater in der deutschen Botschaft in Kabul schrieb bereits im Mai 2007 an das Auswärtige Amt:

„Die ständige Forderung nach Truppenverstärkung, die steigenden Kosten des militärischen Engagements, das Anwachsen eigener Verluste und die wachsende Zahl ziviler Opfer verdeutlichen die Ungeeignetheit und Ausweglosigkeit der militärischen Gewalt als Lösung der inneren und äußeren gesellschaftlichen Probleme Afghanistans. (...) Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilgesellschaft ... bekämpfen. ... Es gibt keine Entschuldigung für das durch unsere westlichen Militärs erzeugte Leid ...“

Ausweitung der ISAF-Besatzung	Westliche Todesopfer	Truppenstärke (ohne OEF)	Bewaffnete Zusammenstöße
2003: auf Kabul beschränkt	57	5.600	k.A.
2004: Nordausdehnung	58	8.000	k.A.
2005: Westausdehnung	130	10.000	1.755
2006: Juni Süd-, Oktober Ostausdehnung	191	20.000	3.589
2007: Versuch der landesweiten Kontrolle	232	31.000	6.000
2008: Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung	294	51.360 (Dezember 2008)	9.237
2009: Übergang zum Partisanenkrieg	159	61.130	ca. 4.500

∞ Stand:

1. Juli 2009

Juni 2009

Januar bis Juni 2009

Die NATO hat viele Feinde

Die afghanische Regierung kontrolliert nur rund 30 % des Landes. Der Rest ist in der Gewalt lokaler Kräfte. Auf 93 % der Fläche Afghanistans gibt es Aufstandsaktivitäten, so das Londoner Institut **ICOS**.

Die kanadische Denkfabrik **Senlis Council** analysiert, dass der Großteil des Widerstands aus „*armutsgetriebenen Graswurzelgruppen*“ stammt. Nur 40 % der Afghanen glauben laut einer Meinungsumfrage von **ARD**, **BBC** und **ABC** im Februar 2009, dass sich ihr Land in die richtige Richtung bewegt. Jeder Vierte hält Anschläge auf NATO-Soldaten für gerechtfertigt. Anschläge auf Besatzungstruppen sind 2008 gegenüber 2007 um 33 % gestiegen.

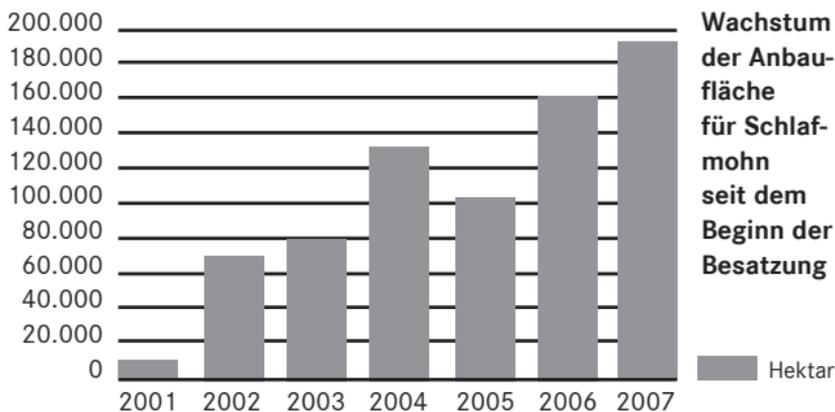
Die Taliban haben an Unterstützung gewonnen, weil sie Widerstand gegen die Besatzung organisieren. **Seth Jones** von der armeenahen US-Denkfabrik **RAND Corporation** meint in Bezug auf die wachsende Unterstützung:

„Der Hauptteil der Taliban besteht aus Tausenden lokalen Kämpfern und ihren Unterstützernetzwerken. Die meisten kämpfen nicht für den Dschihad. Vielmehr motiviert sie ihre Arbeitslosigkeit, die Enttäuschung über das Ausbleiben von Veränderungen seit 2001 oder ihre Wut über einen von den afghanischen, US- oder NATO-Armeen getöteten oder verwundeten Nachbarn oder Verwandten.“

Schlafmohnanbau

Seit 2005 werden in Afghanistan etwa 90 % des global vermarkteten Opiums produziert. 2008 ist die Anbaufläche zwar etwas zurückgegangen, dies hat aber weder die Menge des angebauten Mohns merklich beeinflusst noch Afghanistans Stellung auf dem Weltmarkt gefährdet (siehe Tabelle). Für 2009 wird wieder eine Rekordernte erwartet.

Die Drogenmafia ist politisch äußerst einflussreich. Teile des Gewinns werden in immer bessere Waffen investiert. Bauern geraten durch Kredite und Vorauszahlungen auf die Ernte in Abhängigkeit. Ohne wirtschaftliche Alternativen können die Bauern nicht aufhören, Schlafmohn anzubauen. Die Vernichtung von Feldern trifft einzelne Bauern existenziell, nicht jedoch die Drogenmafia als Ganzes. Ein alternativer Ansatz wäre der kontrollierte Anbau von Mohn für medizinische Zwecke in Afghanistan sowie die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige in den Industrieländern.



Heute Afghanistan, morgen die halbe Welt

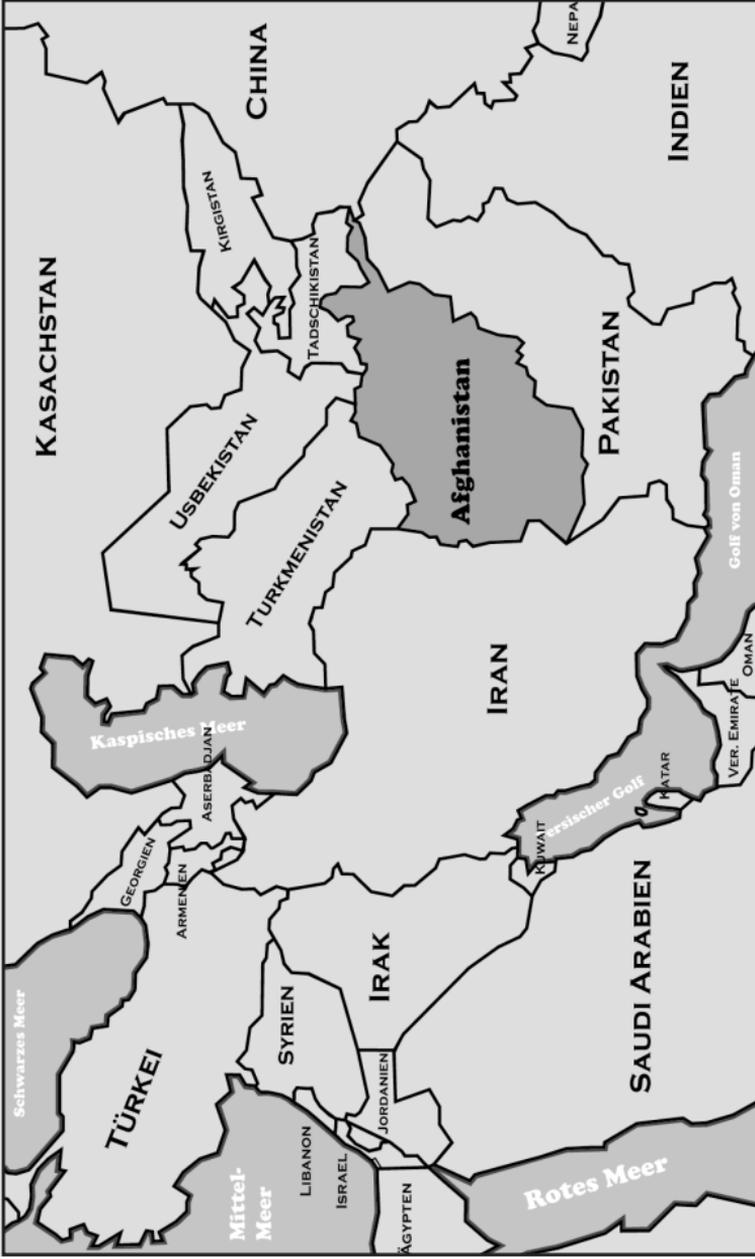
„Wenn wir am Hindukusch Erfolg haben, werden wir auch das nächste Mal stärker sein, wenn wir aufgerufen sind, unsere Sicherheit und Werte weit weg von zu Hause zu verteidigen.“

**Victoria Nuland, US-Botschafterin der NATO,
im Februar 2008**

Afghanistan liegt zwischen dem Nahen Osten, Zentralasien, China, Indien und Pakistan. Das Land hat für die NATO, die sich auch als „*Bündnis für Energiesicherheit*“ versteht, eine große strategische Bedeutung, weil sie von Afghanistan aus die Kontrolle über die Öl- und Gasfelder am Persischen Golf und in Zentralasien durchsetzen will. Darüber hinaus will sie Stärke gegenüber den konkurrierenden Wirtschaftsmächten China und Indien zeigen. In den zentralasiatischen Ländern Kasachstan und Turkmenistan liegen einige der größten Öl- und Gasfelder, die in den letzten Jahren entdeckt wurden.

Mehrere Wirtschaftsmächte haben die Bedeutung Zentralasiens für ihre Pläne betont:

Russland sieht die Region als „*nahes Ausland*“ und hat ein besonderes Interesse an Transportrouten wie Pipelines. Russland erlaubt den Besatzungstruppen für den Transport ihres Nachschubs die Nutzung seines Luftraums und anderer Routen.



Die „**Nationale Sicherheitsstrategie**“ der **USA** von 2006 erklärt Zentralasien zur Region von „*vitalem Interesse*“: „*Zentralasien ist von dauerhafter Priorität für unsere Außenpolitik.*“

Daran hat auch die Wahl **Obamas** nichts geändert. Er hat die Verlegung von 30.000 zusätzlichen Soldaten nach Afghanistan angeordnet. Die neue **AFPAK** (Afghanistan-Pakistan)-Strategie der US-Regierung schreibt die Ausweitung des Krieges auf Pakistan fest. Kernziel ist dabei die Zerstörung von angeblichen Al-Qaida-Stützpunkten in Pakistan. Diese Strategie wird in der Praxis seit langem angewandt, wenn Dörfer und Flüchtlingslager in Pakistan von der westlichen Allianz bombardiert werden.

Die **EU** verabschiedete 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft ihre Zentralasienstrategie. Darin gehen die Regierungen ausführlich auf die „*beträchtlichen Energieressourcen*“ der Region ein.

In einer Rede im März 2008 kommentierte für die Bundesregierung Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** die EU-Osterweiterung bis ans Schwarze Meer folgendermaßen:

„Das macht uns zum Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: in den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer ... Es geht um eine Region mit gewaltigen Energieressourcen ... Lasst uns Angebote machen und die Kooperation suchen. Denn: wenn wir es nicht tun – andere Spieler werden nicht auf uns warten!“

Der Versuch, Afghanistan im Alleingang zu kontrollieren, ist für die NATO gescheitert. Bestandteil ihrer neuen Afghanistan-Strategie ist deshalb auch die Einbindung der zentralasiatischen Staaten, der Golfstaaten, Irans, Russlands, Indiens und Chinas in eine „**Kontaktgruppe Afghanistan**“.

Dennoch ist der Krieg in Afghanistan ein entscheidender Test für die Fähigkeit der NATO, Länder zu erobern und dauerhaft zu kontrollieren. Sollte das Bündnis hier scheitern, würden weitere NATO-Kriege in nächster Zeit unwahrscheinlich.

Es gibt keine Demokratie

Hamid Karzai wurde 2001 auf einer Konferenz auf dem Bonner Petersberg zum afghanischen Präsidenten ernannt. Davor beriet Karzai den US-amerikanischen Ölkonzern Unocal, der heute zu Chevron gehört und eine Pipeline durch Afghanistan bauen wollte.

Die NATO-Truppe International Security Assistance Force (**ISAF**) wurde aufgestellt, um die Regierung Karzai an der Macht zu halten. Unter Karzai herrschen dieselben Kriegsfürsten, die die Afghanen in den 1990-er Jahren terrorisierten. Darunter sind Kriegsverbrecher und Drogenbosse wie General **Mohammed Daoud** und **Rashid Dostum**. Die Abgeordnete **Malalai Joya** wurde vom Parlament ausgeschlossen, nachdem sie dagegen die Stimme erhoben hatte.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 und den Parlamentswahlen 2005 waren Gewalt gegen Kandidaten und Stimmenkauf die Regel. Vor den Präsidentschaftswahlen im August 2009 ist es ähnlich. In ungefähr einem Viertel des Landes sind die Wahlen durch die unsichere Lage massiv behindert. Der Handel mit Wahldokumenten blüht. **Jandad Spinghar**, Leiter der Stiftung für Freie und Faire Wahlen in Afghanistan (**Fefa**) wirft Karzai vor, Regierungsressourcen für seinen Wahlkampf zu nutzen. **Aziz Ludin**, Leiter der Wahlkommission, gilt als „*ein sehr enger Freund*“ Karzais.

Die Bundeswehr ist Teil des Krieges

Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan beruht auf dem **ISAF**-Mandat. Dazu gehören auch die Tornado-Kampfflugzeuge, und die Schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr, die einen Kampfauftrag hat.

Im Juli 2009 hat der Bundestag die Entsendung von vier **AWACS**-Flugzeugen samt Besatzung beschlossen. Sie koordinieren unter anderem die Luftbombardements.

Zusammen mit den AWACS-Besatzungen hat der Bundestag nun Mandate für den Einsatz von bis zu 4.800 Soldaten verabschiedet.

Auch die Eliteeinheit „**Kommando Spezialkräfte**“ kämpft als Teil der ISAF. Die Abgeordneten des Bundestags werden nicht über ihre Einsätze informiert.

ISAF wird als Wiederaufbaumission verkauft. Doch ihr Ziel ist der militärische Sieg über die Aufständischen. ISAF und der Anti-Terror-Einsatz „Operation Enduring Freedom“ (**OEF**) sind eng miteinander verknüpft, sagte Oberst **Bernhard Gertz**, ehemaliger Vorsitzender des Bundeswehrverbands:

„... die Art der Operationen ist durchaus vergleichbar. Man darf sich das nicht so vorstellen, dass das blutige Geschäft von OEF besorgt wird und ISAF macht Wiederaufbau. Das ist absolut dummes Zeug.“

Hinzu kommt, dass die Bundeswehr in ihrem Einsatzgebiet immer häufiger so genannte Luftnahunterstützung anfordert. Das sind Bombardierungen, die von US-Einheiten durchgeführt werden. Hinzu kommen Bombardierungen, die die US-Luftwaffe durchführt und über die sie der Bundeswehr keine Rechenschaft schuldet oder leistet.

Zivilmilitärische Kooperation

„Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.“

Nelke Manders, ehemalige Projektkoordinatorin von „Ärzte ohne Grenzen“ in Afghanistan

Die zivilmilitärische Zusammenarbeit (**CIMIC**) wird für Afghanistan als Königsweg aus der Krise dargestellt. CIMIC bedeutet aber keine Stärkung ziviler Konfliktlösung, sondern deren Instrumentalisierung für militärische Ziele.

So schreibt das **Bundesverteidigungsministerium**:

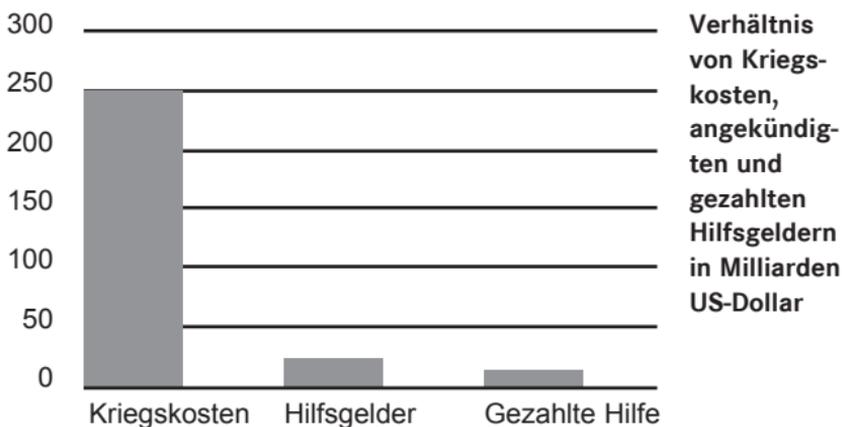
„Aus der asymmetrischen Bedrohungslage in Afghanistan folgt militärisch die Notwendigkeit, die Akzeptanz der afghanischen Bevölkerung zu erhalten. Dieser Aufgabe dient wesentlich die zivilmilitärische Zusammenarbeit.“

Die zunehmende Vermischung von humanitärer Hilfe mit Aufstandsbekämpfung hat zu einer gestiegenen Bedrohung von Hilfsorganisationen geführt. **Ärzte ohne Grenzen** u. a. haben sich deshalb aus Afghanistan zurückgezogen. Nur noch wenige westliche NGOs arbeiten weiterhin außerhalb des Großraums Kabul.

Das Militär verschlingt die meisten Ressourcen und bestimmt immer stärker die Rahmenbedingungen für zivile Arbeit. Deutsche Entwicklungshilfegelder dürfen nur in Verbindung mit Bundeswehrstandorten, den sogenannten Provincial Reconstruction Teams (**PRT**), eingesetzt werden, um das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ umzusetzen.

Shaima Ghafury (ehemals Uni Kabul) berechnete, dass seit 2002 insgesamt 24 Milliarden Dollar als Hilfsgelder zugesagt, aber nur 14 Milliarden gezahlt wurden.

Folgende Grafik zeigt, was es bedeutet, wenn militärische Vorgaben, anstatt der Bedürfnisse der Bevölkerung die Ausrichtung der Hilfe bestimmen.



Krieg bringt keinen Frieden

„Die Geschichte beweist, dass keine Nation eine andere befreien kann. Es ist die Pflicht unseres eigenen Volkes und liegt in seiner Verantwortung, für seine Freiheit zu kämpfen und Demokratie herbeizuführen. Die Menschen anderer Länder können uns dabei nur eine helfende Hand reichen.“

Malalai Joya (Frauenrechtlerin und Kriegsgegnerin aus Afghanistan)

„Die Bundeswehr kann sofort abgezogen werden, sie hat keinerlei Relevanz für die Sicherheit Afghanistans, sondern nur für die strategischen Interessen Deutschlands.“

Dr. phil. Matin Baraki (Lehrbeauftragter der Philipps-Universität Marburg)

Der Krieg in Afghanistan hat bis Anfang 2009 über 250 Milliarden Dollar gekostet. Das sind etwa 8.300 Dollar pro Einwohner. Das jährliche Bruttoinlandsprodukt Afghanistans lag bei etwa 460 Dollar pro Einwohner. Mit den Kriegsmilliarden hätte man viele soziale Probleme lösen können.

Die Hilfe geht an den Menschen vorbei, weil die NATO-Besatzung den militärischen Sieg über den Widerstand zum Ziel hat und nicht die Bekämpfung von Armut und Not.

Die Hilfsorganisation **Oxfam** empfiehlt deswegen, örtliche und traditionelle Formen der Konfliktbearbeitung zu stärken. Die feste Ausrichtung auf die Stärkung der

Zentralregierung und deren in Verruf geratene Behörden sei falsch.

Denn die Menschen wenden sich überwiegend an Einrichtungen in ihren Dörfern und Gemeinden, um ihre Probleme zu lösen. Die Besatzer setzen dagegen vor allem auf den Aufbau gesamtstaatlicher Sicherheitsapparate wie Geheimdienst, Polizei und Armee. Sie bieten keine Unterstützung für die Institutionen, die am nächsten an den Menschen und ihren Problemen sind, wie zum Beispiel die Shuras (Dorfräte).

Krieg ist keine Lösung, sondern führt zu mehr Gewalt. Frieden kann nicht von außen verordnet werden, sondern muss im Land selber wachsen.

Schon im 19. Jahrhundert hat das britische Kolonialreich versucht, Afghanistan zu erobern und willfährige Marionettenregimes einzusetzen. Es scheiterte am Widerstand der Einheimischen. Vor 30 Jahren versuchte die damalige Regierung mithilfe der sowjetischen Armee, der Bevölkerung von oben ihre Vorstellung einer modernen Gesellschaft aufzuzwingen. Ohne Erfolg. Nach zehn Jahren des Krieges mussten sich die sowjetischen Truppen zurückziehen.

Heute sind die NATO und die Regierung Karzai so unbeliebt wie all die früheren Eindringlinge.

Freiheit, Demokratie und Menschenrechte können nicht mit Bomben und Kampfhubschraubern gebracht werden. Der Abzug der ausländischen Truppen ist die Voraussetzung für einen gerechten Frieden in Afghanistan.

Eine andere Welt ist möglich

Der Kampf um die wirtschaftliche und die militärische Vormacht sind zwei Seiten derselben Medaille – der kapitalistischen Konkurrenz.

Der Krieg in Afghanistan zeigt, wie mit dem Reichtum der Welt umgegangen wird.

Weltweit geben Regierungen jährlich 1.000 Milliarden Euro für Rüstung und Militär aus. Für zwei Drittel davon sind die USA und Staaten der EU verantwortlich. Für 75% die Industriestaaten der G8. Nach UNO-Schätzung wären 175 Milliarden Euro nötig, um weltweit Bildung sowie Gesundheits- und Wasserversorgung sicherzustellen.

Die Krise wird diese Verhältnisse verschärfen.

Den NATO Krieg in Afghanistan zu stoppen, wäre ein Schritt in Richtung einer Welt, in der nicht die Konkurrenz zwischen Menschen, Unternehmen und Staaten vorherrscht. Eine Welt, in der Geld ausgegeben wird, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, statt sie zu töten.

Für eine solche Welt kämpft DIE LINKE innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Wenn du mit uns den Krieg in Afghanistan stoppen und für eine andere Welt kämpfen willst:
Mach mit bei der LINKEN!

Zum Weiterlesen

Aktionsseite der LINKEN

http://die-linke.de/bundeswehr_raus_aus_afghanistan/

Organisationen und Netzwerke der Friedensbewegung

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/>

<http://www.koop-frieden.de/>

<https://www.dfg-vk.de/willkommen/>

Übermittelt durch:

Impressum

Partei Vorstand DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Kontakt: www.die-linke.de

Text: Christine Buchholz, Claudia Haydt
Überarbeitung: Paul Grasse, Frank Schelm
V.i.S.d.P.: Christine Buchholz

Coupon ausfüllen, abtrennen und per Post schicken an:
DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name

Frau Herr

Vorname

Geburtsdatum

Beruf

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ort, Datum

Unterschrift

